

»Ein Teil der  
Stadtgesellschaft  
radikalisiert sich.«

Margot Gaitzsch



# VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

November 2021



## Stark machen für die Schwachen

Eine Lobby für die, die keine haben, wie etwa Kinder in Armut oder Transferleistungsempfänger » Seite 4 und 6

## Kritik und Aufforderung

DIE LINKE hat nicht nur einiges auf-, sondern auch abzuarbeiten, denn wo Hoffnung auf Veränderungen verloren scheint, gilt es den Beweis zu erbringen, dass genau diese möglich sind

Nach der Bundestagswahl gibt es allenthalben die eingespielten Zahlen- und Ergebnisinterpretationen, bemerkenswert war auf jeden Fall die folgende Aufstellung in der Satire-Sendung »Die Anstalt« vom 5. Oktober. Demnach wären 72 Prozent der Bürgerinnen und Bürger für eine Vermögenssteuer, lediglich 45 Prozent wählten Parteien, die im Wahlkampf für eine Vermögenssteuer werben, wiederum nur 4,9 Prozent würden eine Partei wählen, die auch nach der Wahl an ebendieser Forderung festhält.

Da erwächst aus einer simplen Feststellung Kritik und Aufgabe zu-

gleich. Kritik an einer LINKEN, die ihren gesellschaftlichen Nutzwert nicht unter Beweis zu stellen vermag und der die Fähigkeit abgeht, aus ihren berechtigten Forderungen Hoffnungen auf reale Veränderung erwachsen zu lassen. Die Aufgabe besteht, die Probleme, die auf der Straße liegen und aus denen gesellschaftliche Mehrheiten für uns teilbare Forderungen entwickeln, weiter anzugehen. Als Lobby für die Vielen, die sich nach realen Veränderungen hin zu einer gerechteren (also einer sozial, geschlechter-, klima gerechteren) Gesellschaft sehnen.

Genau das tun wir hier vor Ort, wenn wir aus einem hart umkämpften Innovationsbudget Geld frei schaufeln für die Sanierung des Frauenschutzhauses, wenn wir in Verwaltung und Rat alle Register ziehen, um Zwangsumzüge der Ärmsten zu verhindern, wenn wir die Stadt finanziell bei der Bekämpfung von Familien- und Kinderarmut in die Pflicht nehmen wollen, aber auch wenn wir mit Genossinnen und Genossen wie Rita Kunert Woche für Woche gegen Pegida auf der Straße stehen. Eine Politik für die Vielen - dokumentiert in dieser Ausgabe. *Thomas Feske*

## ENERGIEVERSORGUNG Öffentlich, weil's wichtig ist

Spätestens mit dem Explodieren der Energiepreise wurde deutlich: Eine ausschließliche Abhängigkeit von fossilen Energieträgern ist nicht nur ökologisch von Übel. Nicht nur das: der private Energiesektor ist außer Rand und Band, auf den Märkten treiben Spekulanten die Preise in die Höhe. Leidtragende sind Wirtschaft und Privathaushalte. Etwas anders das Bild bei den kommunalen Energieversorgern in Dresden. Der Streit um den Kaufpreis für die letzten Drewag-Anteile fußt auf zwei gegenläufigen Gutachten. Das eine verlangt einen höheren Kaufpreis, schätzt den Wert der Drewag auf satte 1,5 Milliarden Euro. Die Annahme: marktübliche Energiepreise. Die Drewag-Vertreter, die ihrerseits auf einen geringeren Kaufpreis setzen, erinnern an den Versorgungsauftrag für die privaten Haushalte und erteilen explodierenden Marktpreisen eine Absage - wie sich das gehört für einen kommunalen Energieversorger. » Seite 3

## PANDEMIE-PRÄMIE

## Nicht nur Klatschen!

Im Juni hat der Stadtrat eine Einmalzahlung an Beschäftigte im Friedhofs- und Bestattungswesen in Höhe von 750 Euro beschlossen – Grund: die Mehrbelastung für die Beschäftigten während der Corona-Pandemie. Die LINKEN-Stadtratsfraktion startet nun eine Initiative, auch bei anderen Beschäftigten nachzuziehen, denn, so LINKEN-Stadtrat Magnus Hecht, vor allem »das Gesundheitsamt und alle, die dort ausgeholfen haben, leisten einen großen Teil des Krisenmanagements in Corona-Zeiten. Sie arbeiten bis zur Erschöpfung, um die Ausbreitung des Corona-Virus in der Stadt zu verringern. Deswegen finde ich eine Prämie für diese Menschen angemessen.« *Die Redaktion*



In der Pandemie arbeitet das Gesundheitsamt auf Hochtouren

# Soziales aus der Portokasse

Um acht Millionen Euro aus der Fusion von Drewag und Enso wurde zuletzt hart gestritten. Auf Druck der LINKEN wird ein Teil davon für Soziales verwendet.



Kinder- und Jugendbeteiligung haben mit dem aktuellen Beschluss eine finanzielle Grundlage.

Die Fusion von Drewag und Enso zur Sachsen Energie AG ist vollzogen. Im Frühjahr fasste auch der Stadtrat Dresden die entsprechenden Beschlüsse. Kurz vor Toresschluss legte der Oberbürgermeister dazu noch einen zusätzlichen Antrag vor: In einem undurchsichtigen Gremium sollten zusätzliche acht Millionen Euro, die sich noch in der Fusionsportokasse befanden, verteilt werden. Der Verwendungszweck, den er vorschlug, waren nichtrentierliche Projekte der Dekarbonisierung.

Das war dem Stadtrat damals zu eng gefasst, und so drittete er diese Summe. Auf Druck der LINKEN-Fraktion wurde für ein Drittel, also für 2,66 Millionen Euro, die Zweckbestimmung für soziale

Projekte beschlossen. Konkretes sollte der Aufsichtsrat der Energieverbund GmbH festlegen.

## Finanzierung wichtiger Projekte

Bei näherer Betrachtung der schnell durchgepeitschten Idee stellte sich jedoch heraus, dass zwar die vom Stadtrat vorgegebenen Zwecke, nicht aber die Konstruktion der Entscheidung und Geldvergabe geklärt waren und damit vollzogen werden konnten. Deshalb musste der Rat nun auch noch weitere Details zur Verwendung beschließen. Das tat er ebenfalls auf Vorschlag der LINKEN-Fraktion. Über eine Million Euro können verwendet werden für die Sanierung des Frauen-

## Kinder- und Jugendbeteiligung ist gesetzliche Verpflichtung.

schutzhauses, fast eine Million Euro für Projekte, die sozialräumliche Vernetzung voranbringen, das Projekt »Metropolis« wurde explizit genannt und über 400.000 Euro können insbesondere für innovative Projekte der Kinder- und Jugendbeteiligung ausgegeben werden.

Mit dieser neuen und genaueren Zweckbestimmung schließt der Rat zwei wesentliche Lücken. Sozialräumliches Arbeiten ist Thema in der Sozialen Arbeit, der Kultur, der Jugendhilfe. Bisher aber bleibt das abstrakt, denn jede einzelne Einrichtung bleibt trotz vorhandenen guten Willens zuerst ihrer jeweiligen Hauptaufgabe verpflichtet. Mit einer Ressource zur Vernetzung kann hier endlich ein Fortschritt in der Praxis erreicht werden.

Kinder- und Jugendbeteiligung ist eine gesetzliche Verpflichtung, die Kommune soll geeignete Verfahren entwickeln. Das aber konnte die Kinder- und Jugendbeauftragte bisher nicht, denn sie hatte keinerlei eigenes Budget. Das ist nun dank unseres Beschlusses anders geworden. *Tilo Kießling*

## AUGUSTUSBRÜCKE

# Zastrows Karlsbrücke?

Ende Juli schon hatte die FDP-Fraktion um Holger Zastrow eine Debatte im Rat zum Thema »Eine autofreie Augustusbrücke als Karlsbrücke für Dresden – Anspruch, Wahrheit und Perspektiven« beantragt. Sie stützte sich dabei auf Medienberichte, wonach die für die Sanierung in Anspruch genommenen Fördermittel an die Bedingung geknüpft seien, die Brücke nach Sanierung wieder für den motorisierten Individualverkehr zu öffnen. Ein gefundenes Fressen für den Autoliebhaber Zastrow. Dumm nur, dass zwischen Beantragung und real stattfindender Debatte Land und Stadt klarstellten, dass auch eine autofreie Augustusbrücke förderfähig sei.

Zeit für eine der berühmten Zastrowschen Kehrtwenden. Im September nun wettete der FDP-Mann nicht etwa gegen die Autofreiheit, sondern dagegen, dass Fahrradfahrende nicht bequem genug über den Belag der neu sanierten Brücken kämen, dass das beschlossene touristische Nutzungskonzept für eine autofreie Brücke noch nicht fertig sei und dass der Tunnel am Neustädter Markt zugeschüttet worden sei.

Berechtigte Hinweise, wie die LINKE-Stadtratsfraktion findet, wenn dahinter konsequentes politisches Handeln stünde. Die Zuschüttung des Tunnels war ein Fehler und eine touristisch nutzbare, fußgängerfreundliche Brücke hatte 1999 sogar schon eine gewisse Katja Kipping als damalige Stadträtin gefordert, wie Tilo Wirtz in der Debatte erinnerte. Sein Prädikat für die Aktuelle Stunde: »völlig überflüssig«. *Die Redaktion*



Bald kein Sanierungsfall mehr – die Augustusbrücke im Zentrum von Dresden



Traf Dresden wie ein Schlag: der Stromausfall am 13. September

# »Die neue Mangelwirtschaft des 21. Jahrhunderts«

Der Stadtrat debattiert über den Dresdner Stromausfall. Für DIE LINKE liegen die Probleme woanders, wie *André Schollbach* in seiner Rede deutlich macht

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, drastisch steigende Preise für Strom, Gas und Benzin dürften für viele Menschen ein deutlich größeres Problem sein, als ein einmaliger kurzer Stromausfall. Das Problem besteht dabei weniger in einzelnen Preissteigerungen. Aber wenn Mieten, Strom, Heizung und Kraftstoff nicht nur nahezu gleichzeitig, sondern auch kräftig steigen, dann summiert sich das schnell zu einem heftigen Betrag, der bei Menschen mit kleinerem oder durchschnittlichem Einkommen ordentlich ins Kontor schlägt.

## Nicht die einzige Belastung

So mancher hat noch mit den finanziellen Folgen der Corona-Pandemie zu kämpfen, da sorgen die steigenden Preise für eine erhebliche zusätzliche Verunsicherung. Viele Menschen fragen sich, was da auf sie zukommt. Nicht wenige treibt die Sorge um, ob sie überhaupt noch in der Lage sein werden, die nächste Rechnung für Strom und Heizung zu bezahlen.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes,

Gerd Landsberg, beschreibt die dramatische Entwicklung so: »Wir sehen eine Explosion der Energiepreise, vor allem beim Gas. Klar ist, dass Energie nicht nur etwas für Reiche sein darf.«

Die Direktorin des Deutschen Mieterbundes, Melanie Weber-Moritz, warnt: »Ohne ein Gegensteuern droht eine Nebenkostenexplosion.«

Meine Damen und Herren, es besteht ganz offensichtlich dringender Handlungsbedarf. Die Menschen dürfen mit diesen erheblichen finanziellen Belastungen nicht allein gelassen werden. Niemand in unserer Stadt und niemand in unserem Land soll im Dunkeln sitzen oder frieren müssen.

Nun dürften die Kapriolen auf den internationalen Energiemärkten wohl kaum vom Dresdner Stadtrat zu bewältigen sein. Und deshalb ist hier ein zügiges Handeln der Bundesregierung erforderlich.

## Beispiel Frankreich

Dass staatliche Maßnahmen möglich sind, zeigt Frankreich. Dort hat die Regierung eine Tariffremse beschlossen. Die Gaspreise dürfen über die Wintermonate nicht mehr erhöht wer-

den. Außerdem hilft der Staat einkommensschwachen Haushalten mit Energieschecks.

Aber die Preisexplosion führt nicht nur zu erheblichen Belastungen für die Privathaushalte: Kommunale Versorgungsunternehmen, Kommunen und große Teile der Wirtschaft haben ebenfalls erheblich mit den galoppierenden Kosten zu kämpfen. Thomas Pietsch, Geschäftsführer der Städtischen Werke Magdeburg sagt dazu: »Wir haben Wettbewerber, die nicht mehr lieferfähig sind.« Wir von der LINKEN sagen: Das ist die neue Mangelwirtschaft in der

**»Kann es auf Dauer gut gehen, immer mehr von etwas zu verbrauchen, das auf unserer Erde nur begrenzt vorhanden ist?«**

spätkapitalistischen Phase des 21. Jahrhunderts.

## Neue Mangelwirtschaft

Ressourcenverschwendung, Wachstumsideologie, ein globalisiertes und inhumanes Wirtschaftssystem sowie ungehemmte Zockerei führen inzwischen zu kaum noch beherrschbaren, von der großen Mehrheit der Menschen ungewollten Entwicklungen. Und deshalb ist es an der Zeit, eben diese Entwicklungen und deren Ursachen grundlegend zu hinterfragen.

Kann es auf Dauer gut gehen, immer mehr von etwas zu verbrauchen, das auf unserer Erde nur begrenzt vorhanden ist? Ist es nachhaltig, wenn Waschmaschinen, Fernseher oder Smartphones so gebaut werden, dass sie nach wenigen Jahren ihren Geist aufgeben? Ist es klug, politisch immer wieder Front gegen Russland zu machen? Ist es vernünftig, es zuzulassen, dass mit Strom und Gas an der Börse gezockt wird, als wären das x-beliebige Handelsgüter?

Die Antworten auf diese Fragen sollten – nein müssen – grundlegend andere sein, als in den vergangenen Jahrzehnten.

## PETITIONSAUSSCHUSSSITZUNG

# Immer wieder Straßenmusik



Ganz klar: Wir haben ein Herz auch für kleine Künstler:innen.

Von ihrem Petitionsrecht machen die Dresdner:innen fleißig Gebrauch, besonders bei einem Thema: der Straßenmusik. Allein seit Ende 2019 erreichten uns als Petitionsausschuss fünf Petitionen zum Thema. Die meisten beschwerten sich über zu laute Straßenmusik, einige begehrten dabei ein Verbot von elektronischen Verstärkern. Diese Verbotspolitik wurde vor allem von der konservativen Seite des Stadtrates unterstützt. Als LINKE lehnen wir dieses Verbot aber grundsätzlich ab, da es die Ausübung der Straßenmusik stark einschränkt und Musiker:innen, die auf elektronische Instrumente angewiesen sind, die Möglichkeit aufzutreten nimmt. Das wäre ein Einschnitt in die Kunstfreiheit und der Kulturstadt Dresden unwürdig. Zudem: Warum darf eine Dudelsackspielerin, die weitaus lauter als ein Keyboard sein kann, spielen und andere nicht?

Eine Idee, die Interessen der Anwohner:innen und Musikant:innen unter einen Hut zu bringen, war die Begrenzung der Lautstärke, also eine Dezibel-Obergrenze, doch gegen die verwahrte sich vor allem Ordnungsbürgermeister Sittel (CDU). Sie sei unpraktikabel und nicht durchsetzbar. Eine Expert:innenanhörung sollte Klarheit schaffen, wie andere Städte damit umgehen. Im Juli waren daraufhin Verwaltungsangestellte aus Frankfurt am Main, Schwerin und Leipzig zu Gast.

Heraus kam: In allen Städten gibt es Dezibel-Obergrenzen, die Ordnungsbehörden ausgestattet, um die Einhaltung auch kontrollieren zu können. In der letzten Petitionsausschusssitzung haben wir den Oberbürgermeister beauftragt, entsprechende Vorschläge für die Anpassung der Straßenmusiksatzung vorzulegen. Das Verstärkerverbot ist damit erstmal vom Tisch.

Christopher Colditz

# Hartz IV-Zwangs-Umzüge: Was tun?

Für Aufregung sorgten im Mai die neu errechneten Richtwerte für die sogenannten angemessenen Kosten der Unterkunft (KdU) des Jobcenters bzw. Sozialamtes

Die neuen Höchstgrenzen für Kaltmieten sind für kleine Wohnungen erstmals in Dresden dramatisch gesunken. Galten bisher 378 Euro für Ein-Personen-Haushalte als *angemessen*, sind es jetzt 337 Euro. Dass die Berechnung diese deutlich niedrigeren Werte ergab, erscheint widersprüchlich, zeigt doch der allgemeine Trend auf dem Wohnungsmarkt stetig nach oben. Die Berechnung entspricht jedoch allen gesetzlichen Vorgaben. Es ist tatsächlich mittlerweile im Bereich der kleinen Wohnungen Leerstand zu verzeichnen – allerdings vorrangig in sehr kleinen Wohnungen von weniger als 30 Quadratmeter; als *angemessen* gelten 45 Quadratmeter.

Wenn die tatsächlichen Wohnkosten von Menschen, die Hartz IV, Sozialgeld, Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung beziehen, oberhalb der Richtwerte liegen – was mit den neuen Werten etwa zusätzlich 2000 Haushalte betrifft – erfolgt nach einer Einzelfallprüfung ein Kostensenkungsverfahren, welches letztlich darin mündet, dass die Mieter:innen umziehen müssen oder nur die »angemessenen« Wohnkosten übernommen werden.

Im Zuge der Corona-Pandemie wurde mittlerweile auf Bundesebene das



Hartz IV – das ist Armut per Gesetz. Die Sorge vieler Transferleistungsempfänger:innen vor Wohnungsverlust ist die Folge dieses Systems

dritte Sozialschutz-Paket erlassen, um vor sozialen Härten in der Krise zu schützen. Als Ziel wird darin formuliert, dass Menschen, die »weiterhin unter den wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise leiden, einfach und schnell die nötige Unterstützung für ihren Lebensunterhalt erhalten« (vgl. BMAS). Dazu zählt, dass noch bis Ende 2021 die

tatsächlichen Wohnkosten übernommen werden, ohne Prüfung der Angemessenheit, damit niemand seine Wohnung aufgeben muss. Doch nicht alle Haushalte fallen unter den Schutz des Sozialschutzpakets III. Absurd, dass das eine Gesetz Menschen vor einem Umzugszwang schützt, das andere Gesetz jedoch genau dazu führt.

## DIE LINKE will Umzüge vermeiden

Wir wollen unbedingt verhindern, dass Menschen ihre Miete nicht mehr komplett bezahlt bekommen und aus dem viel zu geringen Hartz-IV-Regelsatz Geld für die Miete abknapsen müssen – ein entsprechender Antrag unserer Fraktion wird gerade diskutiert.

In der Dienstanweisung der Stadt an das Jobcenter wurde nun von Sozialbürgermeisterin Kris Kaufmann vorgegeben, dass im Jahr 2021 keine Kürzungen der KdU-Leistungen vorgenommen werden dürfen.

Und auch 2022 sollen alle *Bestandskund:innen* weiterhin die bisher geltenden Höchstgrenzen erhalten, da dann schon wieder die nächste Neuberechnung der Grenzwerte turnusmäßig ansteht. Auf diesem Weg werden also all jene geschützt, die bereits KdU-Leistungen erhalten. Diejenigen jedoch, die erst jetzt Hartz IV oder Grundsicherung im Alter beantragen, müssen mit den neuen niedrigen Werten zurechtkommen.

Die Gesetzgebung lässt der Kommune so gut wie keinen Handlungsspielraum, hier aktiv zu werden. Regelungen für den Fall, dass Richtwerte – wie in Dresden – deutlich sinken, sieht das Sozialgesetz nicht vor. Einmal mehr zeigt sich hier die Ungerechtigkeit und Ferne von der Lebensrealität der Menschen, die einen Anspruch auf Transferleistungen haben. Wir bleiben an der Sache dran und werden das uns Mögliche im Stadtrat tun, um Umzüge zu vermeiden und Kürzungen bei den Mietzahlungen abzuwenden.

Pia Barkow

**Einmal mehr zeigt sich die Ferne von der Lebensrealität der Menschen.**

# Schneller mehr städtische Wohnungen

Die ersten Neubauten der kommunalen WiD stehen. Zeit, aus den abgeschlossenen Projekten zu lernen, um Verbesserungsmöglichkeiten zu erschließen



Qualität und Geschwindigkeit - im sozialen Wohnungsbau muss beides zusammengehen

Eine städtische Wohnungsbaugesellschaft mit 48.000 Wohnungen zuzüglich Gewerbeimmobilien und Grundstücken verschleudern, geht schnell. Kaum ein halbes Jahr dauerte es 2005/2006, dass die Dresdner Woba über die Planke ging, für heute geradezu lächerliche 1,7 Milliarden Euro.

Die neue städtische Wohnungsgesellschaft WiD - Wohnen in Dresden wiederaufzubauen, dauert lange. Denn sie musste zunächst wieder gegründet und langwierig geprüft und genehmigt werden. Dann musste sie Grundstücke

erwerben, diese Grundstücke teils kostenträchtig baureif machen und anschließend Wohnungen bauen. Dem Wohnungsbau geht eine Planungs- und Genehmigungsphase voraus. 2016 vom Stadtrat beschlossen und 2017 gegründet, konnten 2020 die ersten Sozialwohnungen der WiD bezogen werden. Dies in einem schwierigen Umfeld. Zwar gab es seit Ende 2016 auch eine Förderung des Freistaates für den Neubau von Sozialwohnungen, parallel baute die WiD allerdings in eine Preisexplosion des Baukostenindex und die erschwerten

Bedingungen der Corona-Pandemie hinein. Festzuhalten ist: Wäre nicht schon 2015 von der LINKEN die Gründung einer neuen städtischen Wohnungsbaugesellschaft betrieben worden, hätte die Stadt die Förderung des Freistaates für die dann begonnenen Projekte gar nicht abgreifen können.

## Kostensparend, aber nicht billig

Nun bringt DIE LINKE einen Antrag auf den Weg, der die Prozesse und Strukturen der WiD auf Verbesserungspotential hin abklopft.

Grundsatz müssen demnach die Prinzipien des kostensparenden Bauens sein. Das ist kein *billiges* Bauen, sondern der Verzicht auf kostentreibende Extras und komplizierte Lösungen. Es sollte demnach auf Tiefgaragen verzichtet werden, genau wie auf teure Abfangungen von Lasten. Das heißt aber nicht, dass nicht werthaltig und nachhaltig gebaut werden kann.

Ein gewisses Ärgernis waren teils in den letzten Jahren die von der Landeshauptstadt Dresden eingelegten Grundstücke. Belastet mit alten Verpflichtungen vom ungekündigten Pachtvertrag bis zur Altlast verursachte die Baureifmachung für die WiD Kosten, die in den Baukosten von Sozialwohnungen nicht abgedeckt sind und für die das Fi-

nanzierungsmodell der WiD, ein Drittel aus der Förderung für Sozialwohnungen und zwei Drittel als Kredite von Banken, kaum Reserven bereithält. Diese Kosten sollen in Zukunft von der Kommune auch übernommen werden. Überhaupt stehen Dresden selbst zu wenige Baugrundstücke für Wohnungen zur Verfügung. Eine Lösung wäre die langfristige Bereitstellung von Bauland durch eine entsprechende Bauleitplanung.

Ein weiteres Ärgernis sind genehmigungsrechtliche Hürden und Auflagen, die zu kostenträchtigen Planungsänderungen und Verzögerungen führen. Hier soll die Verwaltung gemeinsam mit der WiD die Prozesse noch mehr abstimmen. Mehrfachbeauftragungen

## Ohne LINKE-Initiative keine Förderung

und Wettbewerbsverfahren sollen im sozialen Wohnungsbau Ausnahme sein. Durch Gestaltungsleitlinien und im Zweifelsfall durch die Gestaltungskommission sind gestalterische Prämissen zu setzen, nicht zuletzt, weil Planungswettbewerbe auch nicht immer Wunder bewirken.

Tilo Wirtz

## REISE NACH OSTRAVA

# Enormer Transformationsprozess

Seit 1971 ist das schlesisch-mährische Ostrava eine Partnerstadt von Dresden. Und weil Oberbürgermeister Hilbert dort noch nie persönlich war, wurde dies für den Besuch einer Dresdner Delegation zum Anlass genommen. Zum 50. Jubiläum der Partnerschaft unterzeichneten Ostravas Oberbürgermeister Tomáš Macura und sein Amtskollege ein Memorandum zur zukünftigen Zusammenarbeit beider Städte - in puncto Bildung, Sport, Nachhaltigkeit, Kultur und Mobilität. Weitere Gesprächsthemen waren unter anderem Migrationssozialarbeit, die Arbeit mit Minderheiten und Kulturpolitik in Zeiten von Corona.

Mit dem Oberbürgermeister Macura wurden am Denkmal für die Befreiung durch die Rote Armee Blumen niedergelegt. Ebenfalls wurde das Denkmal für das ehemalige Lager Hanke besucht. Dort waren nach



Ostrava: Strukturwandel mitten in der Stadt

dem Krieg deutsche Bewohner:innen von Ostrava interniert.

Ostrava hat einen enormen Transformationsprozess hinter sich, steckt teilweise noch mittendrin. Früher ein wichtiger Standort der Schwerindustrie befanden sich hier Kohleminen, Stahlproduktion, Eisenbahnfertigung mitten in der Stadt. Die Umwelt war entsprechend beeinträchtigt. Heutzutage sind die Zechen, Gasometer, Fabriken geschützt. Besonders beeindruckt waren wir von Dolní Vítkovice. Hier wurden ein Kongresscenter, eine Technikwelt und ein Verkehrsmuseum eingerichtet. Höhepunkt ist ein Aussichtsturm mit Café auf der Spitze des Förderturms. Im Schlesisch-Mährischen Theater bekamen wir in dem Musical »Edith und Marlene« mit Sängerin Hana Fialová eine authentische Edith Piaf geboten. Einfach mitreißend.

Magnus Hecht

## DENKMALPFLEGE

## Beitrag zur Baukultur

**W**er Eigentümer:in eines Kulturdenkmals ist, ist zugleich zu seinem Erhalt und seiner pfleglichen Behandlung verpflichtet. Diese Pflicht steht allerdings in Konflikt mit der Eigentumsfreiheit – schließlich sind kosten- aufwändige Restaurierungsarbeiten mit speziellen Baustoffen eine große von außen auferlegte Belastung. Der Freistaat Sachsen unterstützt die Eigentümer:innen von Kulturdenkmälern mit Zuschüssen. Die damit verbundene langwierige Antragsstellung hat sich allerdings in der Vergangenheit für viele Eigentümer:innen als wenig praktikabel herausgestellt. Aus diesem Grund wurde im Jahr 2018 vom Stadtrat als Ergänzung eine Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Pflege von Kulturdenkmälern beschlossen. Das Ziel: die kurzfristige Unterstützung insbesondere kleinerer Maßnahmen. Auf ein festes Antragsdatum wurde bewusst verzichtet, um die Eigentümer:innen im Bedarfsfall rasch unterstützen zu können.

Dass die Anträge allerdings oftmals schon im September des Vorjahres gestellt werden, führt zur Benachteiligung kurzfristig Antragstellender. Mit



In Dresden geht es bei Denkmälern auch eine Nummer kleiner – und genau da setzt die Förderung an

der Einführung einer Frist zur frühestmöglichen Antragstellung soll nun der Gedanke der zeitnahen Unterstützung gestärkt werden. Außerdem wird eine Beschränkung auf kleinere Maßnahmen bis 5000 Euro Fördersumme festgeschrieben, um nicht in Konkurrenz zur Landesförderung zu treten. Die Förderrichtlinie unterstützt Maßnahmen an Denkmälern in der Landeshauptstadt Dresden und kommt somit direkt der Baukultur in unserer Stadt zugute. Sie ist unabhängig vom Wohnort der jeweiligen Eigentümer:innen und ist aus linker Sicht unbedingt unterstützenswert.

Anne Holowenko

# Kinderarmut beseitigen

Im Ergebnis eines Besuchs des Paritätär-Chefs Ulrich Schneider hat die LINKE-Stadtratsfraktion eine Initiative zur Bekämpfung von Kinderarmut gestartet



Stippvisite vor Ort: Katja Kipping, Ulrich Schneider, Jens Matthis und Tilo Kießling in der Johannstadt

Armut – insbesondere Kinder- und Familienarmut – ist ein reales Problem in Dresden. Mehrere Anfragen des LINKEN-Fraktionsvorsitzenden André Schollbach haben ergeben, dass sowohl Armut als auch Reichtum in Dresden zugenommen haben. So lebten Juli 2021 etwa 78.700 Menschen in 51.100 Haushalten mit Armutsrisiko. Das sind 10.000 mehr als noch im März 2020. Auf der anderen Seite leben derzeit in Dresden 15.400 Menschen, die als einkommensreich gelten. Die Zahl hat sich seit März 2020 um 2600 erhöht.

Anfang August nun trafen Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat auf Dr. Ulrich Schneider, den Vorsitzenden des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Im Gespräch mit Katja Kipping als Sozialpolitikerin

Es muss also etwas getan werden, damit der Zuschuss durch so viele Leistungsberechtigte wie möglich genutzt wird. Die LINKE-Stadtratsfraktion schlägt daher in ihrem Antrag verschiedene Maßnahmen vor, wie etwa bessere Information und geringerer bürokratischer Aufwand. Mehr noch: Dresden soll prüfen, inwieweit die Unterstützung für ärmere Familien und Kinder durch kommunale Mittel ergänzt werden kann, wenn etwa ein Mitgliedsbeitrag für den Sportverein die 15 Euro überschreitet.

Eine wichtige Maßnahme, wie auch Schneider fand, denn Kinderarmut sei nicht naturgegeben, »sondern immer auch Ergebnis politischer Entscheidungen. Kinderarmut kann beseitigt werden. Auf den politischen Willen kommt es an.«

Die Redaktion

der LINKEN-Bundestagsfraktion diskutierten sie einen Antrag des LINKEN-Stadtrats Tilo Kießling zur Verbesserung der Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in Dresden – gerade eben für von Armut betroffene Kinder und Familien.

### Information tut not

Was steckt hinter dem Antrag: Leistungsberechtigte Familien können für ihre Kinder 15 Euro pro Monat für die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben beantragen. Für die 12.000 leistungsberechtigten Kinder und Jugendlichen in Dresden wurden aber nur in 3400 Fällen Leistungen abgerufen. Das kann daran liegen, dass Eltern gar nicht wissen, dass es diese Leistungen gibt, dass es zu aufwendig ist, dieses zu beantragen oder aber dass die Höhe der Leistung im Verhältnis zu den darüber hinaus zu erbringenden eigenen Aufwendungen der Familien nicht ausreichend ist.

### WALDSCHLÖSSCHENBRÜCKE

## AfD will Fledermäuse zählen

**D**ie Hufeisennase hat es zu einiger Bekanntheit gebracht. Fast hätte sie Dresdens Weltkulturerbetitel gesichert. Mittlerweile ist der Titel weg, die Waldschlösschenbrücke artgerecht gebaut. Ein Tempolimit auf der Brücke soll die dort vermutete Population schützen. Diese 30er-Zone bleibt indes ein Dauerbrenner auf der rechten Seite des Rates. 2018 wollten schon FDP und Freie Bürger die real vorhandene Population zählen, nun will es die AfD. »Dahinter steckt kein gesteigertes Interesse an einem seltenen Tier, sondern der stetig wiederkehrende Versuch der konservativen Ratsseite, möglichst jede Beschränkung für den Autoverkehr zu kippen«, stellt Stadtrat Leo Lentz fest.

Die Redaktion



Die Hufeisennase hat es schwer genug – jetzt wird sie auch noch durch die AfD instrumentalisiert



Antifaschismus ist Bürger:innenpflicht

## »Ein rassistischer harter Kern«

Brauchen wir nach sieben Jahren Pegida nicht endlich ein Konzept, wie wir mit dem sich radikalierenden Teil unserer Stadtgesellschaft umgehen?

Seit 2014 sind die selbsternannten Verteidiger des Abendlandes auf den Straßen von Dresden unterwegs. Kritiker:innen haben von Beginn an vor diesem Rassismus, dem Faschismus, auf Dresdens Straßen gewarnt, andere haben diese Bewegung bagatellisiert. Im Gespräch mit Aktivistin und LINKE-Mitglied Rita Kunert werfen wir einen Blick auf die Entwicklung der Bewegung.

**Rita, Du hast von Beginn an den Gegenprotest mit organisiert. Sieben Jahre später nun die Frage an Dich: Was war Pegida in Anfangszeiten und was ist Pegida heute?**

In den Anfangszeiten, als Pegida noch mit tausenden Menschen unterwegs war, waren sicher viele Menschen dabei, die einfach mit ihrer Situation unzufrieden waren. Heute ist es nur noch ein rassistischer harter Kern, der, wann immer er auf der Straße ist, das Klima in unserer Stadt vergiftet. Nazis und Holocaustleugner:innen finden dort ebenso Anschluss wie Querdenker:innen und Coronaleugner:innen. Organisator:innen der montäglichen Friedensmahnwache fühlen sich in dem Kreis ausgehoben. Dem allen setzt die AfD die »Krone auf«, indem sie die Veranstaltungen für ihren Wahlkampf nutzt.

**Was passiert in der Stadt, wenn Pegida unterwegs ist?**

Hass und Hetze schallen durch das Stadtzentrum. Während des »Spaziergangs« liegt der Verkehr lahm. Menschen, die nicht »deutsch«

aussehen, trauen sich an solchen Tagen nicht ins Zentrum. Wenn sie es tun, werden sie häufig angepöbelt. Die wenigen Menschen, die gegen Pegida aufbegehren, werden ebenso wie Journalist:innen verbal und körperlich angegriffen. Polizei und Behörde lassen es zu.



**»Die Wenigen, die gegen Pegida**

**aufbegehren, werden angegriffen.«**

Rita Kunert

**Wie geht die Stadt damit um?**

Die Versammlungsbehörde sorgt dafür, dass Pegida nicht gestört wird. Die Stadtverwaltung selbst ist stolz darauf, dass sie mit diesen Menschen immer wieder das Gespräch sucht. Bestes Beispiel dafür waren die Veranstaltungen im Rahmen der Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2025. Die Polizeidirektion Dresden sieht die Gefahr für die Stadt »in der sich radikalisierenden linken Szene«. Und die meisten von uns Genossinnen und Genossen fühlen sich doch auch nicht gerade belästigt, oder?

Margot Gaitzsch

**MARWA EL-SHERBINI**

## Endlich sichtbar erinnern

Der rassistische Mord an der Ägypterin Marwa El-Sherbini im Juli 2009 hat sich tief in das Gedächtnis vieler Dresdnerinnen und Dresdner eingebrannt. Die Erinnerung an sie und das Ereignis sind für viele Menschen auch deshalb wichtig, weil in Dresden Rassismus und Fremdenhass immer noch ein alltägliches spürbares Phänomen sind.

Es war ein großer Erfolg als es vor über einem Jahr gelang, im Stadtrat eine Mehrheit für einen interfraktionellen Antrag zu gewinnen, der die Benennung des Platzes vor dem Dresdner Landgericht zu Ehren Marwa El-Sherbinis beschloss. Diese Initiative ging auf die ehemalige LINKE-Stadträtin Kerstin Wagner zurück. Ein Jahr später war das Ergebnis allerdings ernüchternd: Formal sei der Antrag laut Verwaltung bereits umgesetzt – der Eintrag des neuen Namens für den Platz ins Katasteramt sowie die Verzeichnung in den Stadtplan und bei Google-Maps seien erfolgt.

Was jedoch immer noch fehlte, ein Jahr nach Beschluss, war die physische Kennzeichnung des neuen Platzes, sprich: das Straßenschild und darüber hinaus eine durch den Antrag beschlossene Erinnerungstafel an Marwa El-Sherbini. Die Sichtbarkeit des Erinnerungsortes im Stadtbild war nicht gegeben. Gut, dass sich nun der Geschäftsbereich für



Platz vor dem Landgericht

Kultur und Tourismus, geleitet durch LINKE-Bürgermeisterin Annekatriin Klepsch, der Sache angenommen hat. Mit einer Vorlage aus ihrem Geschäftsbereich soll nun für eine zügige Umsetzung des Antrags gesorgt werden – und so ein Ort entstehen, der sowohl erinnert als auch verpflichtet. *Die Redaktion*

**SICHERER HAFEN**

## Eine neue Chance

Dresden als Sicherer Hafen soll Geflüchtete über die nationalen Verteilungsquoten hinaus aufnehmen! Es war ein Zeichen, das der Stadtrat im November 2020 setzte, allerdings indem er dieses Ansinnen ablehnte. Ein Rückschlag, doch es tut sich was: 5000 Unterschriften sind in diesem Jahr für eine Petition zusammengekommen, die einen neuen Anlauf für die Initiative fordert. Ein halbes Jahr ist der Stadtrat an eine Entscheidung gebunden, diese Zeit ist abgelaufen und die LINKE-Stadtratsfraktion nimmt Gespräche auf für eine neue Ratsinitiative. Denn das Leid in den Flüchtlingslagern wie auch Dresdens Verantwortung für Menschen in Not sind keinesfalls geringer geworden. *Die Redaktion*





Auch Autos brauchen ihren Platz

## GANZ HINTEN LINKS

## Parken ohne Ende

Die CDU hat im Stadtrat durchgesetzt, Parkplätze, die durch neue Radwege wegfallen, in unmittelbarer Nähe durch neue Parkplätze zu ersetzen. Klingt gut. Man muss für die Parkplätze nur einen neuen Platz finden. Klingt banal, erfordert aber Kreativität. Zum Beispiel könnte man Parkplätze direkt auf den bereits bestehenden Radwegen einrichten. Dann brauchten Autobesitzer:innen nicht mehr illegal auf diesen zu parken. Radwege ohne Unterbrechung irritieren den geübten Dresdner Radfahrer ohnehin nur. Dort, wo sich die Unterbrechung des Radweges nicht anbietet, könnte man die Parkplätze auch auf Fußwegen einrichten.

Die Fußgänger:innen scheinen mit viel Platz ohnehin nichts Sinnvolles anfangen zu können, haben sie doch neuerdings damit begonnen, E-Bikes auf den Fußwegen auszuliegen. Dort, wo weder durchgängige Radwege, noch Fußwege für Parkflächen zur Verfügung stehen, kämen noch die in Dresden ohnehin viel zu üppigen Grünflächen infrage, die außer zum Rasenmähen in einer Großstadt ohnehin nicht gebraucht werden. Es ist geradezu skandalös, in wie vielen Dresdener Parks immer noch Bäume, Blumen und Bänke statt parkender Autos stehen. Wo freilich die Nutzung bestehender Radwege, Fußwege oder Grünflächen an rot-grün-roter Borniertheit oder mangelnder Verfügbarkeit scheitert, greift der große CDU-Masterplan. Die dritten und vierten Spuren unserer Hauptstraßen werden zu Parkplätzen – eine Win-win-Situation: Der Autoverkehr wird langsamer und treibt Leute, die es eilig haben, aufs Fahrrad oder direkt den Dresdner Verkehrsbetrieben in die Hände (bzw. in die Fahrzeuge). Der geduldige Dresdner Autofahrer aber kann parken ohne Ende. *Jens Matthis*

## KLEINGARTENJUBILÄUM

## Kampf ums städtische Grün

Am Mitte September erfolgte mit dem Festakt im Rathaus die Würdigung von 30 Jahren Stadtverband »Dresdner Gartenfreunde« e.V. und 25 Jahren Kleingartenbeirat der Landeshauptstadt Dresden.

Anfang der 90er Jahre drohte mit dem neuen Entwurf des Flächennutzungsplans der Wegfall von über 60 Prozent der Kleingärten für die Umwandlung in Bauland. Dies führte zu Widerstand und andauerndem Protest unter Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern. Im Zuge dieser Prozesse und mit der Unterstützung des Stadtverbandes der »Dresdner Gartenfreunde« konnte der Wegfall der Kleingärten abgewendet werden. Zudem gelang 1995 die Gründung des Kleingartenbeirates sowie die Schaffung weiterer Instrumentarien zum Schutze des Kleingartenwesens.

DIE LINKE hat das Kleingartenwesen seit jeher aktiv und beständig begleitet. Ein großer Dank gebührt allen Mitgliedern, die sich für die soziale, ökologische und stadtgestalterische Bedeutung des Kleingartenwesens eingesetzt haben und sich auch weiterhin aktiv engagieren. *Katharina Hanser*



Immer was zu tun – im Kleingarten

## KOMMUNALE KULTURFÖRDERUNG

## Verbesserungen für Künstler:innen



Kunst braucht Sicherheit

Die Förderrichtlinie Kommunale Kulturförderung vom 24. Juli 2016 bedurfte einer dringenden Überarbeitung – hinsichtlich neuer Förderarten und transparenter Entscheidungswege, was Förderentscheidungen betrifft. In der Stadtratssitzung am 14. Oktober 2021 wurde nun eine Novellierung der Förderrichtlinie, der ein langer Abstimmungsprozess vorausging, beschlossen. »Nach einem langen Partizipationsprozess und einer umfangreichen Zustandsanalyse haben wir den Kulturentwicklungsplan beschlossen.

Der nächste Schritt ist es, die Förderpraktiken weiterzuentwickeln. Die von der Kulturbürgermeisterin Annetrin Klepsch und der Kulturverwaltung vorgeschlagenen Veränderungen haben eine Verbesserung der prekären Arbeitssituationen der Künstler:innen zur Folge. So zum Beispiel durch die Festsetzung von Honoraruntergrenzen, Möglichkeiten der mehrjährigen Förderung, sowie der Konzeptförderung. DIE LINKE begrüßt diese Veränderungen sehr, machte Stadträtin Anja Apel in ihrer Rede klar. *Die Redaktion*

### VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

### Impressum

#### Herausgeber

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat  
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208  
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden  
www.linke-fraktion-dresden.de

#### V.i.S.d.P.

Thomas Feske

#### Kontakt

Telefon: 0351/4882822  
fraktion@dielinke-dresden.de

#### Redaktion

Jana Neveling, Susann Dietzschold, Thomas Feske

#### Autor:innen dieser Ausgabe

Pia Barkow, Christopher Colditz, Susann Dietzschold, Thomas Feske, Margot Gaitzsch, Katharina Hanser, Magnus Hecht, Anne Holowenko, Tilo Kiebling, Jens Matthis, André Schollbach, Tilo Wirtz

#### Redaktionsschluss

7. Oktober 2021

#### Bildnachweise

StockSnap/pixabay (1), Geerd-Olaf Freyer/flickr (2), Soenke Rahn/wikimedia commons (2), eyeonicimages/pixabay (3), myimmo/pixabay (4), thepixelman/pixabay (4), Michael Gaida/pixabay (5), 7163893/pixabay (5), F. C. Robiller/wikimedia commons (6), coco-parisienne/pixabay (6), Jörg Blobelt/wikimedia commons (7), Mohammed Abushaban/wikimedia commons (7), Michael Gaida/pixabay (8), andreas160578/pixabay (8), dotigabrielf/pixabay (8)

#### Gestaltung und Satz

Ostsüdost

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

#### Druck

LR Medienverlag und Druckerei GmbH

#### Auflage

Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 4000 Exemplaren gedruckt.

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Dresdner Stadtrat